

# Ortsverein Riederwald

Max-Hirsch-Straße 14 • 60386 Frankfurt a. M. • ☎ 41 55 60



Frankfurt am Main, 14.02.2013

An den  
Hessischen Minister für  
Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung  
Herrn Tarek Al-Wazir  
Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Staatsminister Al-Wazir,

zu Ihrer Amtsübernahme als Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung gratulieren wir Ihnen und wünschen Ihnen in der Verantwortung für unser Land eine glückliche Hand. Wir wenden uns heute mit einem wichtigen Anliegen an Sie und hoffen, dass Sie dies als zuständiger Staatsminister für Verkehr unterstützen werden.

Seit einigen Jahrzehnten geht es im Frankfurter Osten darum, eine Planung für die Autobahnen A661/A66 baulich umzusetzen. Gegen diese Planung und den Bau der Autobahnen gab es von Anfang erhebliche Bedenken und Proteste in der Bevölkerung bis hin zu Klagen (auch von einer Wohnungsbaugenossenschaft). Trotz dieser immer noch nicht behandelten Klagen wurde ein Teilstück der A661 fertiggestellt, der Rest befindet sich z.Zt. im Bau bzw. in der Umplanung wegen eines gerichtlichen Vergleichs.

Die Stadt Frankfurt hat die Einwände der Bevölkerung im Frankfurter Osten gegen diese Autobahnen ernst genommen. Sie hat einen Vorschlag aufgegriffen und weiter entwickelt, der die Einhausung zum Inhalt hat. Nur durch die konsequente Einhausung wäre eine Erschließung des Gebietes mit Wohnraum möglich. Für die Stadt Frankfurt würde das eine nicht unerhebliche Entlastung des Wohnungsmarktes bedeuten. Gleichzeitig wird nur eine durchgehende Einhausung die Bevölkerung vor den zu erwartenden Grenzwertüberschreitungen von Lärm und Schadstoffen wirklich schützen.

Wir wollen im Frankfurter Osten ein ruhiges und schadstoffarmes Wohnumfeld für uns und unsere Kinder!

In dem betroffenen Gebiet befinden sich zwei Schulen, ein Krankenhaus, mehrere Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen, zwei große Seniorenanlagen mit direktem Blick auf beide Autobahnen und die Wohnungen der Anwohner aus den Stadtteilen Riederwald, Bornheim, Seckbach, Fechenheim-Nord und Bergen-Enkheim. Durch die kleinen Grüngelände in diesen Siedlungen, die Wald- und Kleingartengebiete zwischen den Stadtteilen, mit dem Ostpark daneben, sind im Laufe der Zeit zunehmend attraktive Wohngebiete im Frankfurter Osten für Familien mit Kindern entstanden. Besonders im Riederwald können wir einen regen Zuzug junger Familien mit Kindern feststellen. Das alles ist in Gefahr, denn ohne Schutz vor der Autobahn verliert das Wohnumfeld seine Attraktivität.

Wir unterstützen deshalb die Forderung nach einer kompletten Einhausung der A661/A66.

Da sich Hessen Mobil für diese Diskussion nicht zuständig fühlt, wenden wir uns deshalb heute an Sie. Sehen Sie sich bitte das Projekt genau an und prüfen Sie, ob es nicht eine bessere Alternative ist, die Bewohner der o.a. Stadtteile mit einer Einhausung zu schützen und mehr Wohngebiete für die Stadt Frankfurt zu erschließen, als die Wohngebiete durch die Autobahn so zu belasten, dass Wohnen kaum noch möglich ist. Das Land Hessen sollte sich gemeinsam mit der Stadt Frankfurt beim Bundesverkehrsministerium für eine komplette Einhausung stark machen. In einer 2009 erstellten Dokumentation wurden im Umfang eines Aktenordners die Einhausungen in der Bundesrepublik belegt. Auffällig ist, dass das Land Bayern die meisten Einhausungen durchgesetzt hat. Wo bleibt Hessen? Das Land Bayern und das Land Hessen sind im Bundesfinanzausgleich die finanzstärksten Länder. Haben wir da nicht eine bessere Position, um eine Einhausung durchzusetzen? Bundesweit gibt es sehr viele Einhausungen, auch für weitaus weniger betroffene Anwohner!

Die Bewohner des Riederwaldes haben am 11.02.2014 in einer Demonstration gemeinsam mit ihren Kindern eindrucksvoll deutlich gemacht, dass es so mit der Planung nicht weitergehen kann.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen, der Sie angehören, hat in der Vergangenheit immer Verständnis für unsere Bedenken gegen den Bau der Autobahn (so wie er geplant ist) gehabt und uns unterstützt. Wir hoffen sehr, dass diese Position weiterhin gilt, da Sie als verantwortliche Minister die Möglichkeiten haben, die Anliegen der Betroffenen in konkrete Politik umzusetzen. Wir würden dies gern mit Ihnen persönlich diskutieren. Deshalb bitten wir Sie um einen Gesprächstermin.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand der Riederwälder SPD

Inge Wendel  
Vorsitzende